EUROPA-UNIVERSITÄT VIADTINA

Winter-Semester 2015/2016

September 2015

Deutschland, Russland und die USA im europäischen Gefüge

Dr. Hans-Georg Wieck, Botschafter a. D.

Inhalt

I. Einleitung

II. Der Blick in die Geschichte

1. Moskau –das Dritte Rom
2. Preußen-Deutschland auf der europäischen Bühne
3. Die USA – vom Land der Hoffnung für Millionen von Einwanderern zur Weltmacht
4. Die Weltkriege und die Folgen
5. Die Rolle der USA in Europa im 20. und 21. Jahrhundert
6. Die Europäische Union – Das Gemeinsame Haus auf der Basis gemeinsamer Werte
7. Die „souveräne Demokratie“ Russlands und ihre Folgen für Europa

III.
Deutschlands Priorität: Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union

Deutschland, Russland und die USA im europäischen Gefüge

I. Einleitung

Nach dem Ende des Kalten Krieges tragen Deutschland, Russland und die USA – in jeweils spezifischer Weise - mit ihrem politischen Gewicht und ihrer zivilisatorischen Leistung im weitesten Sinne des Begriffs zur Entwicklung des europäischen Gefüges bei, werden aber auch ihrerseits, wenn auch in unterschiedlichem Masse von den Europäischen Institutionen (EU, NATO, Europa-Rat, OSZE) und von den Erwartungen der anderen „Bewohner des Gemeinsamen Hauses Europa“ und von internationalen Problemstellungen in ihrer Entwicklung beeinflusst.

Diese Vorlesung soll

- die Rolle der drei Länder im europäischen Gefüge,
- die Perspektiven ihrer bilateralen Zusammenarbeit für das europäische Gefüge und
- die Relevanz der Europäischen Institutionen für die drei Länder, sowie schließlich die Stellung der drei Länder in der internationalen Staatengemeinschaft

untersuchen.

In diesem Zusammenhang soll die Rolle dieser Länder im europäischen Gefüge in den beiden Weltkriegen und während des Kalten Krieges beleuchtet und ein Bild von der gegenseitigen kulturellen und politischen Wahrnehmung in Geschichte und Gegenwart gezeichnet werden.

In dem Ringen mit dem nach Vorherrschaft in Europa – und darüber hinaus – drängenden Deutschen Reich (1971 – 1945) sind die Vereinigten Staaten von Amerika zur entscheidenden Macht für den Ausgang der beiden Weltkriege und für die Gestaltung des Friedens im Ringen mit der nach globaler Vorherrschaft drängenden Sowjetunion geworden. In der diplomatischen Auseinandersetzung vor den beiden Weltkriegen waren die USA jedoch nur ein marginaler Faktor. Ihr tatsächliches Gewicht im Verlauf und Ergebnis der beiden Kriege war also sträflich in der Vorlaufphase der beiden Weltkriege in Europa außer Acht gelassen worden – mit fatalen Folgen. Heute versucht die Russische Föderation, die USA aus Europa zu verdrängen. Hegemoniales Denken breitet sich im europäischen Zivilisationstraum wieder aus.

Das „europäische Gefüge“ wird

- seit den Napoleonischen Kriegen von dem prekären Spannungsverhältnis zwischen Hegemonie (Napoleon, Hitler, Stalin) und Gleichgewicht (Konzert der Europäischen Mächte im 19.Jahrhundert) und

- nach 1950 von dem europäischen Einigungsprozess geprägt, unter dem Sicherheitsschirm des Nordatlantischen Bündnisses das instabile System der Machtrivalitäten und strategischen oder taktischen Bündnisverhältnisse in Europa abzulösen und im Wege integrativer bzw. kooperativer Zusammenarbeit den Frieden und Interessenausgleich in Europa zu sichern, Wirtschaft und Wohlstand zu entwickeln und dazu beizutragen, die Interessen Europas in der Welt zu sichern sowie zur Gestaltung der Weltordnung in kohärenter Form beizutragen.

Deutschlands Rolle in diesem Einigungsprozess ist innenpolitisch abgesichert und international anerkannt. Indessen: die EURO-Struktur lässt sich offenbar in mehreren Volkswirtschaften von EURO-Mitgliedstaaten politisch und gesellschaftlich nicht umsetzen. Auch nimmt das Gewicht Deutschlands in der EU zu und schafft psychologische und politische Probleme in der Beziehung anderer EU-Staaten mit Deutschland.

Europa sieht sich seit 2013/14 mit einer neuen russischen Außen- und Sicherheitspolitik konfrontiert, die unter Missachtung europäischer und internationaler Verträge die Annexion der Krim durch Russland sowie Führungsansprüche Moskaus gegenüber anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zum Kernpolitik russischer Außenpolitik hat werden lassen.

Europa ist durch einen durch eine neue Bruchstelle gekennzeichnet, die eigentlich 1990 mit dem von Ost und West getragenen Konzept des Gemeinsamen Hauses Europa auf der Basis des europäischen Wertesystems überwunden oder vorbeugend verhindert hat werden sollen.

Russlands Verhältnis zum europäischen Einigungsprozess ist ambivalent. Die seit 2008 propagierte und seit 2013 auch umgesetzte Prädominanzstrategie Moskaus gegenüber dem post-sowjetischen Raum hat für die osteuropäischen Staaten eine unmittelbare Gefahr geschaffen und Europa an den Rand des Krieges gebracht. Die gewaltsame Annexion der Krim durch Moskau ist völkerrechtswidrig. Was bedeutet diese neue Sicherheitslage für die Beziehungen Berlin-Moskau?

Die Vereinigten Staaten bleiben mit dem Bündnis (NATO), das mit Artikel 5 des Vertrags eine gegenseitige Beistandspflicht im Falle eines militärischen Angriffs auf NATO-Territorium enthält, und als Mitglied der „Organisation für

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ eine Macht in Europa aus eigenem Recht – so auch Kanada. Die Verwicklungen der USA in anderen Teilen der Welt können Rückwirkungen auf die Rolle und Politik der USA in und gegenüber Staaten und Institutionen in Europa haben. Russland begründet seine 2008 entwickelte neue geo-strategische Doktrin mit der von den USA angestrebten globalen Machtposition.

Im politischen Bewusstsein einzelner Staaten und Völker in Europa bildet noch heute die Bindung der USA an Europa und die Rolle der USA in Europe eine letzte Versicherung gegenüber potentiellen Bedrohungen in Europa, die sich in der jüngsten offensiven russischen Außenpolitik in der Realität manifestiert haben. Andere Länder, vor allem Russland, wünschen das Gewicht der USA in Europe zu beschränken und zu reduzieren.

II. Der Blick in die Geschichte

1. Moskau – das Dritte Rom

Nach dem Sieg des ottomanischen Reiches über das oströmische Reich und dem Fall von Konstantinopel (1453) verloren die Metropoliten der orthodoxen Kirche in den russischen Fürstentümern ihr geistliches Oberhaupt, da sich der zwar weiterhin im Amt befindliche Patriarch in einem islamisch regierten Lande befand und daher seine Unabhängigkeit und seinen nach orthodoxer Lehre notwendigen „Harmonie“-Partner - eben die Staatsgewalt, nach Möglichkeit christliche Staatsgewalt verloren hatte. Geleitet von dem Metropoliten in Susdal-Wladimir etablierten die Großfürsten von Moskau die russische Zarenkrone und erhoben nach der Heirat Iwans III mit der Nichte des letzten byzantinischen Kaisers 1472 den weltlichen und geistlichen Anspruch auf das „dritte Rom“.

Das führte zu der Erhebung des Metropoliten von Susdal und Wladimir zum Patriarchen der rechtgläubigen, der russischen orthodoxen Kirche in Moskau (1589). Den Rurikiden folgten die Romanows im Herrschaftshaus im Jahre 1613.

Zu der Zeit herrschte das litauische Reich über die Ukraine mit Kiew und über Teile des heutigen Russlands mit Smolensk. In der Ukraine wurde ukrainisch und in Belarus Weißrussisch gesprochen. In den baltischen Republiken wurden die Landessprachen und Deutsch gesprochen. Erst die Einfügung dieser Staaten und Völker in den russischen Machtbereich brachte die russische Sprache in diesen Raum – nach Belarus im Zuge der polnischen Teilungen (1772, 1793, 1795), in die baltischen Republiken nach den Nordischen Kriegen im 18. Jahrhundert (1709 und 1721). Die Hetmann-Führung der Kosaken unterstellte sich der Moskauer Führung mit dem links des Dnjepr – einschließlich der Hauptstadt Kiew - gelegenen ukrainischen Gebiet im Jahre 1654. Im Namen der Sammlung russischer Erde dehnte sich Russland nach Westen, Norden (Finnland), Süden und Südosten (Neu-Russland, Kaukasus, Zentralasien) und nach Osten (Sibirien, Fernost) aus.

In russischem Auftrag wurde der Seeweg zwischen Nordmeer und Sibirien erkundet (Bering-Strasse, Bering war ein dänischer Kapitän, der diese Meerenge entdeckte). Zar Peter I. (geb.1672, gest. 1725, Zar 1682-1725) leitete die Modernisierung Russlands mit dem Ziel ein, Russland auch zu einer „europäischen Macht“ zu entwickeln, die zivilisatorisch ebenfalls auf das Niveau der europäischen Mächte gelangte, die vom lateinischen christlichen Rom geprägt worden waren.

,

Rivalisierende Beziehungen des Romanow‘schen Russland entwickelten sich mit dem nordeuropäischen Machtzentrum Schweden (Nordische Kriege im 18.

Jahrhundert), mit dem osmanischen Reich, unter dessen Kontrolle die Dardanellen als Zugangspassage zum Mittelmeer standen (18./19 Jahrhundert), mit dem polnisch-litauischen, auch Belarus und Teile der Ukraine umfassenden Polnisch-Litauischen Reich, und schließlich zu Begin des 19. Jahrhunderts mit dem Napoleonischen Frankreich, das eine französische Hegemonie in Europe errichten wollte.

2. Preußen-Deutschland auf der europäischen Bühne

Mit der Krönung von Friedrich I zum König in Preußen etablierten sich die Hohenzollern im Jahre 1701 als eine weitere, wenn auch territorial recht begrenzte Regionalmacht in Mitteleuropa, die zusammen mit Habsburg und dem Russischen Reich im Laufe des 18. Jahrhunderts die polnische staatliche Unabhängigkeit auflöste und im Wege des machtpolitischen Interessenausgleichs die Neuordnung des ostmitteleuropäischen Raumes vornahm, eine Allianz, die schließlich – im Bunde mit Großbritannien - den napoleonischen Machtanspruch über Europa scheitern ließ. Wollte der Generalstabschef der russischen Truppen, Michael Kutusow, nach Vernichtung des napoleonischen Invasionsheeres auf russischem Boden den Krieg beenden, so schwang sich Zar Alexander I. zum Befreier Europas vom napoleonischen Joch auf und erreichte damit Paris, um anschließend den russischen Anspruch als Teilhaber am „Konzert der Mächte in Europa“ auf eine dauernde Mitsprache bei der Gestaltung der internationalen und politischen Rahmenbedingungen in Europa zu konsolidieren und der innerrussischen Entwicklung einen neuen Reformanstoß zu geben.

Den in Europe sich ausbreitenden nationalen Befreiungs- und Reformprozessen, die letztlich das auf dem Gottesgnadentum gegründete monarchische Prinzip in

Frage stellten, stemmte sich St. Petersburg in Übereinstimmung mit Habsburg und den regierenden Häusern in Deutschland – vor allem in Preußen - entgegen. Preußen unterstützte die Unterdrückung polnischer Aufstandsbewegungen in dem Russland untergeordneten Zentralpolen. Bei Unruhen in Ungarn rief Wien im Jahre 1849 St. Petersburg zur Hilfe, um den Kossuth-Aufstand in Ungarn niederzuwerfen Der Reformprozess in Preußen (Stein-Hardenbergsche Staatsreform, Scharnhorst'sche Militärreform) ging von der Regierung selbst aus, auch wenn sie vom national gesinnten Bürgertum enthusiastisch gefördert wurde. Aber der König verwehrte den neuen national gesinnten bürgerlichen Kräften den parlamentarischen Machtzuwachs.

Aufgeschreckt durch die machtpolitischen Aspirationen von Napoleon III in Europa – dem Alptraum der Staaten in Europa, dass Paris einen neuen Versuch unternehmen könnte, von Paris aus nach der Vormachtstellung in Europe zu greifen - nahmen London und St. Petersburg 1870 den von Berlin (Bismarck) instrumentalisierten deutschen Einigungsprozess am Ende des kurzen preußisch-französischen Krieg unter Führung Preußens hin. Aufkommenden Befürchtungen über ein neues ausgreifendes preußisch-deutsches Machtstreben entzog Bismarck mit der staatsmännischen Feststellung den Boden: „Deutschland ist territorial saturiert". In strategischer Hinsicht engte Bismarck die Rolle Deutschlands allerdings mit der gegenüber Frankreich praktizierten Isolierung des Nachbarn auf der europäischen Ebene ein. Das hatte fatale Folgen, als sich Russland und Großbritannien dieser Doktrin entzogen und strategische Verträge in Fragen der kolonialen Vorherrschaft in Asien und Afrika mit Frankreich eingingen, die in Berlin als gegen Deutschland gerichtet empfunden wurden.

Aus dem aus Petersburger Sicht als Juniorpartner einzustufenden preußischen Staat entwickelte sich nach der Herstellung der politischen Einheit Deutschlands

im Jahre 1871 in weniger als drei Jahrzehnten eine der führenden Wirtschafts- und Militärmächte auf dem europäischen Kontinent, die den Vergleich mit England und anderen Industriemächten nicht zu scheuen brauchte. Der Bismarck-Forscher Professor Gall weist in seinen Studien darauf hin, dass es vor allem dieser rasante wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands war, der dem Zaren und seiner Regierung als Vorbild für die Einleitung der raschen russischen Industrialisierung - allerdings ohne ein soziales Netz für die Arbeiterschaft – diente, aber auch zu einer Distanz zu Preußen-Deutschland führte, da aus dem Juniorpartner eine selbständig operierende Macht in Europa geworden war. Auf dem „Berliner Kongress“ von 1978 vermittelte Bismarck den Frieden von San Stefano zwischen Russland und der Türkei und berücksichtigte dabei – nach russischer Auffassung – die britischen Interessen, nämlich Russland den Zugang zum Mittelmeer und die Passage durch die Dardanellen schwierig zu machen, stärker als russische Interessen.

Die militärischen Niederlagen im Krimkrieg (1855/56) und im japanisch-russischen Krieg (1905/06) stärkten die Reformkräfte in Russland – in den sechziger Jahren mit der Beseitigung der Leibeigenschaft und nach 1905 mit Anstößen zu einer begrenzten Parlamentarischen Reform.

Bismarck brachte noch im Jahre 1887 den Rückversicherungsvertrag mit St. Petersburg zustande, der die russische Neutralität im Falle eines deutsch-französischen Krieges garantierte, eine vertragliche Bindung großer politischer und psychologischer Bedeutung, die aber nach dem Eintritt der Thronfolge in Preußen und damit in Deutschland von Friedrich I. auf Wilhelm II im Jahre 1890 vom neuen Reichskanzler, dem Grafen von Caprivi nicht fortgesetzt wurde. Paris ergriff die Gelegenheit beim Schopfe, das Vertrauen St. Petersburgs zu erwerben und von diesem Augenblick an musste die strategische Planung des Deutschen Reiches für den Kriegsfall von einem Zweifrontenkrieg

ausgehen. Das deutsch-russische Verhältnis kühlte sich ab. Das Drei-Kaiser-Bündnis Wien-St.Petersburg-Berlin verlor 1887 seine Magnet- und Ausstrahlungskraft. St. Petersburg und London erreichten bei ihren konkurrierenden Einflussnahmen auf China und in Südasien, einschließlich Afghanistans Kompromisse, die für beide von so großer Bedeutung waren, dass sie diese nicht durch Konfrontationen in Europa würden aufs Spiel setzen wollen.

Die kolonial ausgreifenden Initiativen der Reichsregierung und der Flottenaufbau ließen sich als imperiale Ambitionen des Reiches interpretieren, während das eigentliche Gewicht Deutschlands aus seiner wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Leistung und dem perspektivischen Potenzial erwuchsen, das ohne imperiale Komponente noch wirksamer hätte sein können, als in der Rolle eines materiellen Unterfutters imperialer Zielsetzungen, Zielsetzungen, wie ernst diese auch gemeint sein mögen, und wie wirksam auch die Ausgestaltung mit militärischen Potenzialen sein würde, zu politischen, zu internationalen Reaktionen, zu militärischen Abwehr- oder Gegenreaktionen anderer Mächte in Europa führen mussten und dies auch taten.

3. Die USA: Vom Land der Hoffnung für Millionen von Immigranten aus Europa zur Weltmacht.

Innere Unruhen, antisemitische Tendenzen vor allem in Osteuropa, aber auch wirtschaftliche Not - Stichwort „Überbevölkerung“ - nährten die Auswandererströme im 19. Jahrhundert aus Europa in die Vereinigten Staaten. Die USA wurden auf dem europäischen Festland, aber auch in Irland als Land der Freiheit und der wirtschaftlichen Chancen in einem Land der unbegrenzten Möglichkeiten angesehen. Dass die USA in der sogenannten „Westlichen Hemisphäre“ selbst imperiale Züge annahmen, wie sie von den Mächten in

Europa in Konkurrenz und Rivalität mit- und gegeneinander weltweit praktiziert wurden, blieb unbeachtet. Die USA wurden neben den europäischen Mächten zu einer leistungsfähigen Industriemacht mit großem Kapitalbedarf. Im Jahre 1900 war das Eisenbahnnetz in den USA mit rund 310 000 km größer als das im gesamten Europa, einschließlich Russlands. Im Jahre 1865 war die Industrieproduktion der USA geringer als die Großbritanniens, Frankreichs oder Deutschlands – im Jahre 1900 war sie größer als die der drei Länder zusammen genommen. Wanderten in den beiden Jahrzehnten von 1870 bis 1890 etwa 2,8 Millionen in die USA ein, so wuchs die Immigration im nachfolgenden Jahrzehnt (1890-1900) auf 3,7 Mio. Menschen und in der Zeit von 1900 bis 1910 auf 8,8 Millionen Menschen. Die Masse der Einwanderer kam aus Europa – als Folge von wirtschaftlichen Depressionsphasen, der Überbevölkerung in Ballungszentren und infolge politischer Verfolgung – zum Beispiel nach den Revolutionen von 1948 in Deutschland.

Anfang des 19. Jahrhundert wanderten viele Juden aus dem deutschen Mittelstand nach den USA aus. Bis 1880 war die Zahl der Juden in den USA auf etwa 250.000 Menschen angewachsen. Wegen der Verfolgung in Osteuropa nahm die jüdische Einwanderung aus Osteuropa nach 1880 in dramatischer Weise zu. Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1924 kamen zwei Millionen Juden aus Europa nach Nordamerika.

4. Die Weltkriege und ihre Folgen

Waren die Lehren aus dem Griff Napoleons nach der Vormacht in Europa und in der Welt ganz und gar in Vergessenheit geraten? Die wachsende Machtstellung Deutschlands in Europa minderte die Fähigkeit zur Rolle des „ehrlichen Maklers“, die eigentlich dem Land in der Mitte Europas zugefallen

war. Deutschland war nun mit dem Bestreben der Ausweitung der Machtstellung in Europa zur „Partei“ geworden. Ungeachtet ihrer dominierenden Stellung als Monarchen von Gottes Gnaden besaßen der russische Zar Nikolaus II und Wilhelm II im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr die Kraft, mit der Beschwörung ihrer engen Verbundenheit das diplomatische Spiel ihrer Regierungen aus der Bahn zu werfen. Die Regierung in Berlin setzte auf Wien und Rom, die Regierung in St. Petersburg auf Paris und London. Washington repräsentierte schon eine wirtschaftliche Macht, galt aber in Bezug auf Europa als ein unbeschriebenes politisches Blatt, ja mehr noch als eine Macht, die sich nicht von den Händeln zwischen den rivalisierenden Mächten in Europa in einen Krieg würde ziehen lassen wollen. War die internationale Stellung Wiens durch die aufkommenden nationalen Aspirationen der Völker im habsburgischen Staatsverband geschwächt, so die des Zaren durch die gärenden innenpolitischen Prozesse gegen die Willkürherrschaft des Zaren.

Nach dem Scheitern der Erwartungen beider Seiten auf einen raschen militärischen und damit auch politischen Sieg wurde der Weltkrieg ein Krieg der Verfügbarkeit von materiellen und Menschen-Ressourcen, der in Osteuropa zum Zerfall des Zarenreiches führte und im Westen nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Jahre 1917 mit dem deutschen Wunsch nach Waffenstillstand im Herbst 1918 zugunsten der westlichen Alliierten entschieden wurde. Großbritannien hatte schließlich das Ziel erreicht, die USA auf der Seite der Entente in den Krieg zu ziehen. Die USA entschieden den Krieg in militärischer Hinsicht, aber scheiterten als Vermittler des Friedens. Der Versailler Vertrag stellte indirekt die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln dar und war von London und Paris geprägt, also von Mächten, die den Krieg nicht aus eigener Kraft hatten zu ihren Gunsten entscheiden können. Sie suchten, Deutschland auf Dauer zu schwächen und unterließen den Versuch,

eine Friedensordnung in Europa mit Deutschland zu schaffen. Deutschland versuchte, sich den Auflagen des Friedensvertrags durch die Herstellung enger wirtschaftlicher und militärischer Beziehungen mit der an sich verhassten Sowjetunion zu entziehen, die wegen ihres ideologischen sowie subversiven Krieges gegen die bürgerlichen Gesellschaften und Staaten in Europa und darüber hinaus (KOMINTERN) abgelehnt und gefürchtet wurde. Die sowjetischen Hoffnungen auf die kommunistische Revolution in Deutschland und in Polen erfüllten sich indessen nicht.

Die europäischen Mächte hatten aus der Gründung der Sowjetunion und der Wahrnehmung ihrer internationalen Ziele keine strategischen Konsequenzen gezogen und nicht den Versuch eines Brückenschlages mit dem zwar besiegten, aber in einer Allianz gegen die aufkommende sowjetische Bedrohung unentbehrlichen Deutschland unternommen. Dazu hätte sich London entschließen müssen, das, wie der britische Geostrategen John MacKinder (1861-1947) immer wieder betonte, als Seemacht nur durch eine eurasische Mächtekonstellation unter deutscher oder russischer Führung gefährdet werden könnte. Nach Hitlers Machtantritt unternahm London den Versuch, ein solches Bündnis herzustellen. Das Flottenabkommen von 1936 sollte eine erste Annäherung bringen. Auch waren die Reaktionen in London auf die Schritte Hitlers, die sich auf die zwar einseitige, aber von anderen Mächten doch hingenommene Revision von Teilen des Versailler Vertrags bezogen, milde. Aber die Vorstellung von der Rolle Deutschlands unter nationalsozialistischer Führung, die Hitler und seine Gefolgsleute hatten, kannte nur taktische Allianzen mit anderen Mächten, z. B. mit der Sowjetunion, und verfolgte neben den letztlich selbstmörderischen rassistischen Zielen vor allem strategische Ziele, welche die Fähigkeiten des Reichs maßlos über- und die Potentiale möglicher Gegner maßlos unterschätzten.

Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow äußerte im Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt im Juli 1980 die Auffassung, dass Hitler die Wehrmacht zur Führung eines strategischen Krieges gezwungen habe, für den die Wehrmacht weder ausgerüstet noch das Land selbst einen hinreichend großen strategischen Raum beherrscht habe. Das Resultat des Krieges habe am Anfang festgestanden – aber wegen der hohen taktischen und operativen Qualitäten der deutschen Streitkräfte habe es eines fünfjährigen Krieges und großer Opfer bedurft, um Hitler-Deutschland niederzuringen. In ähnlichen Worten hatte sich der zum Kriegspremier gewählte Winston Churchill vor dem britischen Unterhaus in London im Jahre 1940 geäußert: „Wir wissen, dass Großbritannien nicht in der Lage ist, Hitler auf dem Kontinent zu besiegen. Es ist daher notwendig, dass die Sowjetunion und die USA in diesen Krieg eintreten, um zu der Zerstörung des deutschen Kriegspotentials zu kommen“. Nur die Vereinigten Staaten waren in der Lage, allen von Hitler-Deutschland und von Japan besetzten und bedrohten Ländern wirksame Hilfe zur Niederríngung des Aggressors zu leisten und einen entscheidenden Anteil selbst beizusteuern.

Man muss feststellen, dass für Moskau und für Berlin die Rapallo-Vereinbarung von 1922, der Berliner Wirtschaftsvertrag von 1925 und der Nichtangriffsvertrag von 1939 sowie das Übereinkommen zur vierten Teilung Polens taktischen Zielen dienten, nicht aber dem Ziel, einen auf gemeinsam vertretenen Werten gestützten Frieden in Europa herzustellen, in dem es neben den beiden autoritär geführten imperialen Mächten freie Staaten geben könnte. Die beiden Mächte vereinbarten Einfluss-Sphären, die nach den politischen Vorstellungen der einen oder der anderen Seite zu organisieren waren – mit dem offenen Ende des machtpolitischen und ideologischen Gegensatzes zwischen den beiden totalitären Systemen selbst. Beide Systeme waren bei Kriegsbeginn 1941 hoch gerüstet und kriegsbereit. In dem Roman „Leben und Schicksal“

rechnet der sowjetische Schriftsteller Vasilij Grossman am Beispiel seines Erlebens der Schlacht um Stalingrad 1942/43 mit beiden totalitären Systemen ab.

Auch im Verhältnis zwischen den USA und ihren Verbündeten und der Sowjetunion bestand nur eine den Umständen nach gebotene taktische Allianz zur Überwindung der deutschen und der japanischen Aggression. Dies zeigte sich bei den Kompromissen zur Gründung der Vereinten Nationen, die dem wichtigsten Kriegsalliierten im Sicherheitsrat ein Veto einräumten, das Nähe und Distanz bedeutete.

Im Ringen um die Zukunft Europas zerbrach die Kriegsallianz: Das Management des Kalten Krieges umfasste Militärpotenziale, Wirtschafts- und Sozialmodelle und Innovationspotenziale, vor allem aber im westlichen Lager die Teilhabe des Bürgers auf individueller Basis an der Entwicklung von Wohlstand und Reichtum des Landes sowie die Mitwirkung am politischen Prozess durch pluralistische Demokratien und offene Gesellschaften, aber im Verhältnis zum Opponenten auch jeweils die politische Alternative des Kompromisses, der Verständigung. Die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) steht als Symbol dafür mit der Helsinki-Schlussakte vom 1.August 1975, die Moskau die internationale Anerkennung der äußeren Grenzen und die dem Westen die Legitimierung der Gedankenfreiheit im Osteuropa bringen sollte und de facto auch brachte.

Suchten Paris und London nach dem ersten Weltkrieg, Deutschland zu schwächen und die europäische Friedensordnung in die eigenen Hände zu nehmen, so strebten sowohl Moskau als auch die USA nach 1945 in Konkurrenz mit- und gegeneinander danach, die europäische Nachkriegsordnung mit einem wirtschaftlich starken und politisch als Verbündeten gewonnenen Deutschland

zu gestalten. Das freie und wirtschaftlich starke Europa sollte in der westlichen Vorstellung mit Frankreich zusammen die Stabilität des freien Teils herstellen und stützen.

Die Länder Ost- und Südosteuropas wanden sich in den achtziger Jahren aus der mehrfach durch militärische Interventionen unterstrichenen Dominanz von Moskau heraus und suchten – aus Sicherheitsgründen sowie im Interesse ihrer zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung - den Zugang zur Europäischen Union, der eigentlichen geistigen, konzeptionellen, auch sicherheitspolitischen und politisch-wirtschaftlichen Konsequenz aus dem Desaster der europäischen Hegemonialkriege des 19. und 20. Jahrhunderts und ebenso in diesem 21. Jahrhundert aus Gründen der sich nun vollziehenden Globalisierung von Politik, Wirtschaft und Sicherheit.

Die Länder in Ostmittel- und Südosteuropa suchten und suchen den Schutz der NATO gegenüber möglichen neuen sicherheitspolitischen Gefährdungen durch Moskau, weil die USA in der Vergangenheit in ihrer Wahrnehmung und Erfahrung die einzige vertrauenswürdige Macht darstellten, die, wenn schon nicht kurzfristig, dann doch mittelfristig den Schutz ihres jeweiligen Landes gegenüber den Bedrohungen durch totalitäre Staaten in Europa (Hitler-Deutschland, Sowjetunion) wirksam zu organisieren bereit waren. Die Europäische Union bedeutet diesen Ländern sehr viel, aber in sicherheitspolitischer Beziehung ist die innere Kohäsion dieser Union noch nicht verdichtet genug, um auch als sicherheitspolitischer Schutzschirm wirken zu können. Das mag sich ändern. Es sollte sich ändern. Aber die Rückkehr von Moskau zur ideologischen Selbstisolierung und Erhebung der russischen Nation unter dem Stichwort „Russkij Mir“ zur neuen eurasischen Führungsmacht in Konkurrenz zu den USA, zu NATO und EU hat den schlimmsten Befürchtungen der Länder in der sogenannten Zwischenzone neue Nahrung gegeben.

Gelingt das Krisenmanagement zur Wiederherstellung des Friedens ohne Opferung einer der Nationen in der Zwischenzone (Ukraine)? Offene und demokratisch organisierte Staaten und Gesellschaften reagieren nur schrittweise auf eine sich abzeichnende neue Bedrohung. Die Europäische Union, die mit ihrer EURO-Krise kämpft, und insbesondere Berlin und Paris sind gefordert!

Manche wollen einen solchen europäischen Schutzschirm für die Zwischenzone nicht anvisieren.

Von zentraler Bedeutung für das heutige Europa waren der im Jahre 1985 von Gorbatschow eingeleitete sowjetische Verzicht auf die strategische Vorherrschaft im sowjetischen Vorfeld in Mittel- und Südosteuropa und die Aufhebung der deutschen Teilung – mit Unterstützung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, den Flügelmächten zum europäischen Kerngebiet. Die deutsche Einheit konnte vollzogen werden, weil sie Teil einer außenpolitischen Kurzkorrektur Moskaus war, weil die Bundesrepublik Deutschland (alt) in Europa und darüber hinaus eine bedeutende Vertrauensstellung erworben hatte, und weil die USA in dem Sieg der Freiheit und Demokratie in Osteuropa, einschließlich Ostdeutschlands, einen Sieg ihrer „Ideologie“ sahen und sehen. Moskau strebte 1989 Viermächte-Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands unter Beteiligung von zwei demokratischen Regierungen in Deutschland an. Die DDR ließ sich aber nicht im demokratischen Sinne reformieren, weil dies mit der Öffnung der Mauer verbunden gewesen wäre und sich unverzüglich ein Strom von Menschen aus der DDR über die Grenze in die Bundesrepublik Deutschland ergießen würde – wie es schon an der ungarisch-österreichischen Grenze im Sommer 1989 geschah. Die einem Zufall zu verdankende friedlich verlaufene Öffnung der Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 „regelte“ die deutsche Frage, die vierzig Jahre keiner anzupacken wagte. Es gab nur noch Verhandlungen über die Modalitäten der

Vereinigung und die Regelungen für den Abzug der Vier-Mächte aus Berlin und der sowjetischen Truppen aus Deutschland. Die finanziellen Transferleistungen der Bundesrepublik Deutschland waren eine wichtige Hilfe für die sowjetische Staatskasse. Die innere Vereinigung des Landes auf der Basis der bundesrepublikanischen Staatsordnung würde lange Zeit benötigen. Diese Ordnung ließ sich zwar erklären, aber die innere Identifizierung ist eine Generationsaufgabe. Das haben auch die Berichte anlässlich des 25. Jahrestages der Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands auf der Basis des Grundgesetzes deutlich gemacht.

Schon während des Kalten Krieges genoss die Bundesrepublik Deutschland in Moskau – ungeachtet des Propagandarummels gegen die Bundesrepublik Deutschland aus den sowjetischen Medien – einen guten Ruf – vor allem auf wirtschaftlichem und technologischem Felde.

Der Vertrag über die Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) zwischen dem Ural und dem Atlantik sowie die Charta von Paris vom November 1990 mit der Vereinbarung über die Transformation Ost- und Südosteuropas in pluralistische Demokratien mit Gewaltenteilung, freien und fairen Wahlen sowie einer sozial verankerten Marktwirtschaft stellten das Modell für Europa dar, die Zielvorstellung eines Gemeinsamen Hauses auf der Grundlage einer Werteübereinstimmung der bislang verfeindeten Hälften des letzten halben Jahrhunderts, dessen Verwirklichung die Staatsmänner der Stunde – die Staats- und Regierungschefs der an der KSZE beteiligten Staaten in Europa und Nordamerika.- mit der Charta von Paris am 21. November 1990 beschlossen.

Die von oben beschlossene Modernisierung der Sowjetunion misslang. Das zentristische System zerfiel in seine fünfzehn Einzelrepubliken mit jeweils einer

dominanten Nation als Trägerin. Die demokratische Transformation Russlands erfolgte nur in formaler Hinsicht. Unter Putin/Medwedew wurde Russland erneut „von oben“ reformiert – zu einem autoritären, von den Bodenschätzen (Erdöl/Erdgas) abhängigen Wirtschaftskoloss, der 2008 ansetzte, die zentrale Machtstellung der früheren Sowjetunion in Ost-Europe wieder zu errichten – gegenüber den eigenen Nationalitäten im Lande und gegenüber den früheren Mitgliedstaaten der Sowjetunion. Das lockere Band der 1991/92 geschaffenen „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ soll durch die enge wirtschaftliche Vernetzung und Verknüpfung in der Eurasischen Zollunion gestärkt werden – unter Einschluss auch der widerstrebenden Ukraine, die sich in immer neuen Anläufen für den Anschluss an den Westen - die Europäische Union - entschieden hat.

5. Die Rolle der USA in Europa im 20. und 21. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert wurden die USA für Millionen von Einwanderern aus Europe zum Land der Hoffnung auf persönliche, politische und auch religiöse Freiheit und für wirtschaftlichen Wohlstand. Es war auch ein Land mit großer Anziehungskraft für den Abenteurer aus aller Welt.

Die Hoffnungen der deutschen Regierung auf einen erfolgreichen Krieg gegen Frankreich und Russland – Weihnachten 1914 wollte man wieder zu Hause sein – erfüllten sich nicht. Der Stellungskrieg erschöpfte die Kräfte auf beiden Seiten. Russland schied 1917 aus dem Krieg aus und schloss im Frühjahr 1918 Frieden mit den Mittelmächten. Großbritannien bemühte sich intensiv darum, die Vereinigten Staaten in den Krieg zu ziehen – aber die öffentliche Meinung und die politische Führung – Präsident Wilson – ließen sich erst nach der Eröffnung des unbeschränkten deutschen U-Bootkrieges auf dem Atlantik und

nach der berühmten Zimmermann Note vom Januar 1917 – darin versprach die Reichsregierung Mexiko den Griff nach dem US-Staat Mexiko – auf der Seite der Entente-Mächte in den Krieg auf dem europäischen Festland ziehen. Die politischen und diplomatischen Vermittlungsversuche des US-Präsidenten Woodrow Wilson – er trat für die Gründung des Völkerbundes und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein – scheiterten in der Sache. Allerdings hatte das militärische Gewicht der USA an den Fronten im Westen den Krieg entschieden. Ihr Gewicht bei der von den Beinahe-Verlierern Paris und London bestimmten Friedensbedingungen für Deutschland blieb minimal – mit all: den Folgen, die im Zweiten Weltkrieg kulminierten.

Das wirtschaftliche, finanzielle und militärische Potenzial der USA war auch von entscheidender Bedeutung für den Ausgang des zweiten Weltkrieges. Der Griff Stalins nach der politischen und militärischen Vormacht in Europa erlaubte nicht den Rückzug der USA aus Europe. In seiner Stuttgarter Rede vom September 1946 bot der amerikanische Außenminister James Byrnes im Namen von Präsident Truman allen Staaten in Europe substantielle finanzielle Hilfe beim Wiederaufbau an. Die Sowjetunion und die von ihr beherrschten Länder Ostmitteleuropas lehnten ab. Byrnes hatte die Hilfe unter der Voraussetzung angeboten, dass auch Deutschland im Rahmen dieses Programm wirtschaftlich wieder auf die Füße gestellt werden müsse, da die wirtschaftliche Genesung Europas ohne Deutschland nicht möglich sei und der Ausschluss Deutschlands zu neuen gravierenden Spannungen in Europe führen würde. Unter dem Schirm des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) und auf der Basis des Konzepts der wirtschaftlichen und schließlich auch politischen Integration der freien Völker in Europa fand ein phänomenaler wirtschaftlicher Wiederaufbau in Europa statt, der im Falle der Bundesrepublik Deutschland auch die wirtschaftliche und soziale Integration von über 15 Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen aus den verloren gegangenen deutschen Provinzen und aus vielen

Ländern Ost- und Südosteuropas einschloss. 1965 lebten in der Bundesrepublik Deutschland – auf dem Territorium dieses Teiles von Deutschland lebten 1939 etwa 40 Mio. Menschen – 62 Millionen Menschen, einschließlich zwei Mio. Bewohner Westberlins, die wegen der isolierten Insellage stark subventioniert werden mussten. Diese Entwicklung kontrastierte mit der wirtschaftlich und finanziell prekären Lage der DDR, die dem sowjetisch geführten Wirtschaftsraum angehörte. Auch Moskau strebte im Rahmen des Warschauer Pakts und des sozialistischen Weltsystems ein wirtschaftlich starkes Deutschland an – allerdings mit selbstzerstörerischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konzepten. Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges waren Berlin, Sachsen und Thüringen das Zentrum der hochentwickelten deutschen Industrie gewesen. Davon war zum Zeitpunkt der Herstellung der politischen Einheit Deutschlands im Jahre 1990 kaum etwas konkurrenzfähig übrig geblieben. Die USA hatten dem politischen und wirtschaftlichen Einigungsprozess in Europa und später der Herstellung der deutschen politischen Einigung ihre volle Unterstützung zukommen lassen.

Ohne die hier geschilderte US-Politik in und gegenüber den Entwicklungen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg wäre der europäische Einigungsprozess und die Abwehr des sowjetischen Griffs nach der Vorherrschaft in Europa nicht erfolgreich möglich gewesen. Die Vereinigten Staaten waren und sind auch für die Sowjetunion und heute Russlands der wichtigste Verhandlungspartner auf dem Felde der nuklearen und der konventionellen Abrüstung bzw. Rüstungskontrolle. Die Europäische Union hat aus einer Reihe von Gründen bislang nicht die politische und militärische Kohäsion entwickelt, die notwendig wäre, um europäischen Vorstellungen für das sicherheitspolitisch relevante Management von internationalen Krisen Gewicht zu verleihen.

6. Die Europäische Union – Das Gemeinsame Haus Europa auf der Basis gemeinsamer Werte

Die Verabschiedung der Charta von Paris sowie die Unterzeichnung des Rüstungskontrollvertrags KSE vom November 1990 stellten einen Moment der Geschichte der, der schlaglichtartig eine neue Perspektive für Europa eröffnete und den langen Weg zu deren Realisierung einleitete, dessen Ende wir noch nicht absehen können, und der mit großen Hindernissen befrachtet ist, die auch ein Scheitern nicht ausschließen lassen.

Den ersten Anlauf zur demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformation überstand die Sowjetunion nicht. Sie zerbrach im Dezember 1991. Der Reformansatz - von oben unternommen – wurde an der Basis angesichts der siebzigjährigen kommunistischer Wirtschafts- und Sozialordnung weder verstanden, noch nachvollzogen, ganz zu schweigen von der letztlich notwendigen, aber bislang ausgebliebenen Zustimmung.

Er scheiterte und verwandelte sich in einen von den verschiedenen Nationalismuskampagnen betriebenen Auflösungsprozess, der sich im Dezember 1991 vollzog. In das Vakuum des in einem aussichtslosen Reformversuch zerfallenden Sowjetsystems drangen die Nationalbewegungen, die von Moskau im Laufe der Jahrhunderte unterdrückt worden waren bzw. der russische Nationalismus selbst, der sich anschickte, im Wege der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) verloren gegangenes Terrain zurück zu gewinnen. GUS soll eine strategische Einheit vergleichbar der NATO darstellen.

An die Stelle der Priorität für den Transformationsprozess trat – auf jeweils nationaler Basis – die Zielvorstellung der Herstellung entweder der

Unabhängigkeit von Moskau (Georgien, Aserbaidschan, Ukraine, die baltischen Republiken) oder im Falle von Moskau selbst die Zielsetzung, die internationalen Stellung Russlands als Weltmacht wiederherzustellen. Dazu gehörte auch die Sicherung einer Einflusssphäre rund um die Russische Föderation herum. Das ist auch die primäre Zielsetzung der heutigen Putin-Medwedew-Konzeption. Die nationalistische imperiale Zielsetzung wird ungenierter in der Öffentlichkeit vertreten, seitdem die USA in Reaktion auf die Terrorakte gegen die Hochhäuser des World Trade Zentrums in New York und auf Regierungsgebäude in Washington D.C. am 11. September 2001 in ihrer Politik zur Überwindung des Terrorismus nicht auf die Solidarität und Konzeption des Nordatlantischen Bündnisses bauten, sondern auf nationale Maßnahmen und auf bilaterale Unterstützung durch einzelne Partner in der Sache selbst. Auch gewaltsame Operationen in anderen Ländern ohne Zustimmung der jeweiligen Regierung und präventive Gewaltaktionen werden von der unter George W. Bush angenommenen Sicherheitsdoktrin nicht ausgeschlossen. Die Außen- und Sicherheitspolitik auf der Basis des bewährten NATO-Konsultationsprozesses wurde – meines Erachtens ohne Not - preisgegeben. Das einer zu erwartenden feindlichen Aggression vorausgehende Vorgehen ("pre-emptive") - und zwar im Alleingang, dem Kernstück unilateralistischer Politik - wurde für andere Mächte und Länder nun Bezugsbeispiel mit verheerenden Folgen für die internationale Stabilität. West-Ost-Abkommen aus der Zeit der Wende im Jahre 1990/91 wurden anscheinend zur Makulatur - zu leeren Hüllen. Die Verweigerung der Zustimmung des US-Senats zum umfassenden Teststop-Abkommen für militärische Nuklearversuche versetzte der Verhinderung der Verbreitung nuklearer Waffen einen großen und folgenreichen Rückschlag.

7. Die „souveräne Demokratie“ Russlands und ihre Folgen für Europa

(1) Mit dem Zerfall der Sowjetunion – und dem Jugoslawiens – sowie mit der Erweiterung von NATO und EU veränderten sich die Rahmenbedingungen der europäischen Sicherheitsarchitektur. Es zeigte sich ferner, dass sich die europäischen Standards für freie und faire Wahlen, für eine unabhängige Justiz, für freie Medien und die Ausstattung des Parlaments mit effektiven Kontrollrechten über die Exekutive zwar dem Wortlaut nach, aber nicht nach ihrem Inhalt und in der Handhabung ohne weiteres auf Ost-Europa übertragen lassen.

Das gelang und gelingt nur dort, wo Regierung und Öffentlichkeit sowie die überkommenen Machtstrukturen den Weg in die Europäische Union und zum Nordatlantischen Bündnis antreten wollen. Es gelingt, je stärker sich ein unternehmerischer selbstbewusster Mittelstand etablieren kann, der leistungsbewusst ist und die europäischen Rahmenbedingungen für seine Entfaltung braucht. Dort, wo Staatsbetriebe und staatliches Management dominant sein, insbesondere dann, wenn sich darin auch die frühere Nomenklatur breit machen kann, gibt es keine genuinen Wege in die Vorstellungswelt der europäischer Politikkultur.

(2) Diese Unterschiede wurden bei der mit mehreren Initiativen eingeleiteten Entwicklung eines Kooperationsverhältnisses zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation deutlich. Nach jahrelangen Verhandlungen wurde schließlich das Standardabkommen über Kooperation und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation ratifiziert und in Kraft gesetzt (1997), aber die inhaltliche Ausfüllung ging selten über die Verabschiedung von Dokumenten hinaus. Das Kernstück der EU-Vorstellungen über eine Energie-Charta, die in beiden Richtungen Sicherheit schaffen sollte, wurde von Moskau nicht verabschiedet.

(3) Moskau zieht bilaterale Vereinbarungen mit europäischen Schlüsselländern vor – im Zentrum Deutschland, im Süden Italien und im Norden Schweden. Nach dem Alleingang der USA im Irakkrieg neigen nicht wenige politische Kräfte in Deutschland – angeführt vom früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder, jetzt Vorsitzender des Aufsichtsrats der russischen Ostsee-Pipeline-Gesellschaft – dazu, die russische Karte zu spielen und eine Politik zu betreiben, „die Moskau in den Stand versetzen kann, auf Augenhöhe mit Washington zu verhandeln“ (Rede Gerhard Schröder Evangelische Akademie Bad Boll 2007)..

Eine solche Politik Berlins, wenn tatsächlich durchgesetzt, würde die Europäische Union zerstören. Ein solches Ziel ist mit der Konzeption des Gemeinsamen Hauses in Europa auf der Basis einer gemeinsamen Werteordnung nicht vereinbar. Moskau hat sich in der gegenwärtigen Phase der so genannten „souveränen Demokratie“ von der gemeinsamen Werteordnung gelöst und richtet seine Bemühungen darauf, die Bildung eines demokratischen Gegenentwurfs im Lande zu verhindern. Der Schröder’sche Entwurf der deutschen Russlandpolitik ist auch mit den Gemeinsamen Interessen der Europäischen Union und denen des Nordatlantischen Bündnisses nicht vereinbar.

(4) Gerhard Schröder greift taktische Konzepte der deutschen Außenpolitik nach dem ersten Weltkrieg, als es vom Westen ausgeschlossen worden war, mit dem Ziel wieder auf, sich durch deutsch-russische Verabredungen dem Einfluss der USA und Großbritanniens zu entziehen und einen eurasischen Block im Gegensatz zum atlantischen Blick aufzubauen.

Die viel zitierte Abhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen muss durch Diversifikation und evt. die Wiederaufnahme der Nuklearenergie abgeschwächt, aber nicht durch eine Art Exklusiv-Vertrag mit Moskau noch verstärkt werden. Die im Gegenzug erwartete Öffnung des russischen Marktes

für Direktinvestitionen hat bisher wegen der fehlenden Rechtssicherheit nicht stattgefunden bzw. wird durch die Sperrung von bestimmten strategischen Bereichen für Fremdinvestitionen auf schmaler Flamme gehalten.

(5) Parallelitäten in den Rahmenbedingungen mit früheren Phasen deutsch-russischer Annäherung sind kaum gegeben:

- Es gab das Bündnis Preußens mit Russland gegen Napoleon. Heute ist Europa nicht durch einen Aggressor oder eine Hegemonialmacht bedroht. Oder?

- Es gab das taktisch motivierte Bündnis der „ausgeschlossenen" Mächte Deutschland und Russland (Sowjetunion) nach dem ersten Weltkrieg, die sich ungeachtet konträrer politischer und ideologischer Konzepte in taktischer Beziehung verständigten (Rapallo 1922, Berliner Vertrag 1925, Nichtangriffspakt und Teilung Polens 1939) – aber in einem Rahmen, der letzten Endes zur Katastrophe zwischen den beiden totalitären Antagonisten führen musste und auch führte.

- Es gab die Chance der Verständigung im Rahmen eines Europäischen Hauses (Paris-Vertrag und Charta von Paris 1990) auf der Basis einer gemeinsamen Werteordnung. Diese Werteordnung ist vom Putin-Medwedew-System verstoßen worden und in Form der „souveränen Demokratie" ihres eigentlichen Inhalts beraubt worden. Mit der Unabhängigkeitserklärung von Provinzen innerhalb der Staatsordnung von Nachbarstaaten (Südossetien, Abchasien) und möglicherweise „morgen" von Transnistrien sowie mit der Annexion der Krim entsteht für Nachbarstaaten eine existentielle Bedrohung. Diese russische Drohung, die sich in dem Streben nach einem „Russikij Mir" – nach einem russisch

bestimmten Frieden in der EUASIA-Zone manifestiert, treibt die Länder der Zwischenzone in die Europäische Union und in das Nordatlantische Bündnis.

III. Deutschlands Priorität: Die Handlungsfähigkeit der Europäische Union

1. Deutschland hat ein vitales Interesse an der Herstellung der internationalen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Mit der Herstellung europäischer Solidarität für bedrohte Völker und Staaten in Europa – und die Südkaukasischen Völker sind Vollmitglieder des Europarats – erfüllt Deutschland den Anspruch, den die Europäische Union an sich stellt, Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Klarheit in diesen Grundsätzen und das Aufzeigen der Folgen völkerrechtswidrigen Verhaltens können noch Schlimmeres oder die Wiederholungstat verhindern – aber nur dann, wenn der erste brutale Akt unter keinen Umständen akzeptiert wird. Verstärkt sich der Eindruck aufkommender Gewaltakte Moskaus, wie im Georgienfall geschehen, wird die Rolle der NATO in Europa wieder wachsen. Sie verleiht der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Glaubwürdigkeit und Konsistenz. Je ausgeprägter das Sicherheitsbewusstsein der Europäischen Union und ihre Handlungsfähigkeit und vor allem die sicherheitspolitische Dimension integraler, glaubwürdiger Bestandteil der deutschen Außenpolitik ist, desto verhaltener kann NATO agieren. Die Relevanz beider Strukturen wird in erheblichem Masse von der Russland-Politik der Berliner Regierung bestimmt. Die Priorität der deutschen Außenpolitik muss sich auf die Kohäsion der Europäischen Union und auf das Funktionieren der Zusammenarbeit mit den USA konzentrieren. Die Russland-Politik sollte in Berlin stets auch in Relation zu ihrer Relevanz für die EU und für NATO gesehen werden.

2. Von wachsender Bedeutung für die Rolle Deutschlands und Russlands in Europa wird die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Verknüpfungen werden. Es kann sein, dass hier europarelevante Verbindungen und gemeinsame Wertevorstellungen wachsen können, während das auf der Ebene der staatlichen Einrichtungen bei den heutigen Rahmenbedingungen, also angesichts eines primär autoritären Regierungssystems in Moskau kaum möglich ist. Zurzeit legt Moskau die Axt an diesen im Wachsen befindlichen jungen Baum russischer Zivilisation des 21. Jahrhunderts.

September 2015